

Antrag der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission¹ vom 10. Juli 2017

**Beschluss des Grossen Gemeinderats
betreffend die Motion von Mario Senn, Heidi Jucker und Harry Baldegger
betreffend Finanzverfassung der Stadt Adliswil**
(vom ...)

Der Grosse Gemeinderat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Stadtrats vom 30. Mai 2017 sowie der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission vom 14. Juli 2017,

beschliesst:

1. Die Frist für die Ausarbeitung der mit der Motion betreffend Finanzverfassung von Mario Senn (FDP), Heidi Jucker (SVP) und Harry Baldegger (FW) verlangte Änderung der Gemeindeordnung vom 2. März 1997 wird bis zum 31. Dezember 2018 erstreckt.
2. Mitteilung von Dispositivziffer 1. an den Stadtrat.
3. Dieser Beschluss untersteht (gemäss Art. 15 Ziff. 8 Gemeindeordnung) nicht dem fakultativen Referendum.

Adliswil, 14. Juli 2017

Im Namen der Kommission

Der Präsident:
Markus Bürgi

Der Sekretär:
Walter Uebersax

¹ Die Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Markus Bürgi (Präsident); Daniel Frei, Hedy Habersaat, Thomas Iseli, Heidi Jucker, Wolfgang Liedtke, Carmen Marty Fässler, Daniela Morf, Walter Uebersax; Sekretär: Walter Uebersax.

Erläuternder Bericht

1. Einleitung

Mit Beschluss SRB 2017-129 vom 30. Mai 2017 (nachfolgend SRB) beantragt der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat unter Berücksichtigung seiner Erwägungen bei der Totalrevision der Gemeindeordnung der Stadt Adliswil vom 2. März 1997 eine Fristerstreckung für die Abschreibung der Motion bis zum 31. Dezember 2018.

2. Antrag der RGPK

Die RGPK beantragt dem Grossen Gemeinderat mit 9:0 Stimmen Zustimmung zu den Anträgen 1 bis 3 gemäss Antrag der RGPK vom 10. Juli 2017.

3. Erläuterungen

Die RGPK nimmt die Erwägungen des Stadtrates zur Kenntnis und stimmt insbesondere mit seiner Einschätzung, dass eine erneute Teilrevision der Gemeindeordnung in Anbetracht der absehbaren Totalrevision zum aktuellen Zeitpunkt nicht sinnvoll bzw. effizient wäre, zu. Entsprechend unterstützt die RGPK den Antrag des Stadtrates auf eine Fristerstreckung bis zum 31. Dezember 2018. Die RGPK sieht dessen Verknüpfung mit einer bereits zum heutigen terminierten Abschreibung der Motion jedoch nicht als zielführend. Insbesondere gegeben der langen Zeitdauer der Fristerstreckung soll dem Grossen Gemeinderat zu gegebenem Zeitpunkt im Rahmen der bereits weiter fortgeschrittenen Arbeiten zur Totalrevision der Gemeindeordnung sowie allenfalls auch in neuer Zusammensetzung die Möglichkeit zum Entscheid über Abschreibung der Motion gegeben werden. Entsprechend empfiehlt die RGPK dem Grossen Gemeinderat die Annahme des Kommissionsantrags und somit die Reduktion der Vorlage auf eine reine Fristerstreckung.